

Betreff:**Zuweisung von Flüchtlingen in Braunschweig 2016**

Organisationseinheit: Dezernat V 50 Fachbereich Soziales und Gesundheit	Datum: 21.12.2015
---	----------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	21.12.2015	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.12.2015	Ö

Beschluss:

A. Als Standorte für die Herrichtung von kommunalen Aufnahmeeinrichtungen (KAE's) sind zunächst 2 Sporthallen (Naumburgstraße mit rund 200 Plätzen und Sporthalle Watenbüttel mit rund 130 Plätzen) vorgesehen. Sofern diese Plätze nicht ausreichend sein sollten, wird als dritte Halle die Sporthalle in der Moselstraße mit rund 65 Plätzen genutzt. Sollte die Bereitstellung anderer Immobilien möglich sein (z.B. Kreiswehrersatzamt) sind diese den Sporthallen vorzuziehen. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen und Aufträge zu erteilen, um diese Hallen als städt. Erstaufnahmeeinrichtungen zur vorübergehenden Unterkunft für Flüchtlinge zu betreiben, bis die längerfristigen großen Wohneinheiten errichtet worden sind. Eine abschließende Entscheidung über die Nutzung von evtl. Drittimmobilien wird getroffen, sobald die Anzahl der aufzunehmenden Flüchtlinge bekannt ist bzw. es weitergehende Informationen zu den Immobilien gibt.

Der Einrichtung von kommunalen Erstaufnahmeeinrichtungen wird so wie dargestellt, zugestimmt.

B. Dem dezentralen Standortkonzept wird zugestimmt. Es gibt unter Beachtung verschiedener Aspekte, beispielsweise der Sozialverträglichkeit, der verkehrlichen Erschließung und vorhandenen sozialen Infrastruktur sowie des Bauplanungsrechtes und eventuell entgegenstehender Planungsziele insgesamt 16 Standorte verteilt über das ganze Stadtgebiet (mit Ausnahme der Stadtteile Kralenriede, Weststadt und westliches Ringgebiet). Dort sollen Unterkünfte für jeweils ca. 100 Flüchtlinge pro Standort (Mit Ausnahme ehemaliges Kreiswehrersatzamt mit ca. 200) entstehen.

C. Die erforderlichen finanziellen und stellenplanmäßigen Ressourcen werden in den Haushalt und den Stellenplan 2016 eingearbeitet bzw. im Rahmen einer über- bzw. außerplanmäßigen Bewilligung bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2016 bereitgestellt. Die Stellenbesetzungen für diesen Aufgabenbereich erfolgen erforderlichenfalls im Vorgriff auf den Stellenplan 2016. Die konkrete Darstellung der erforderlichen Stellen erfolgt in einer gesonderten Vorlage.

Sachverhalt:

Ergänzend zu Vorlage 15-01259-01 wird die Anlage zur Resolution des Stadtbezirksrats 213 in der Anlage nachgereicht, die versehentlich in der 1. Ergänzungsvorlage unberücksichtigt geblieben ist.

Dr. Hanke

Anlage/n:

Ergänzung zur Darstellung der Abstimmungsergebnisse

Darstellung der Abstimmungsergebnisse in den Stadtbezirksräten - Ergänzung

StBezR	Abstimmungs-ergebnis	Wortbeiträge/Protokollnotiz	Stellungnahme der Verwaltung
213		<p><u>Anlage zum Initiativantrag:</u></p> <p>Durch die Schließung der Kasernen Roselies und Heinrich-der-Löwe, ist in diesem Bereich viel Raum für sportliche und kulturelle Betätigung verloren gegangen. Neben Schwimmbad, Sporthallen und Sportplätzen macht sich auch das Fehlen anderer Gemeinschaftsräume bemerkbar. Fehlende Gemeinschaftseinrichtungen Elmaussicht, Lindenberg, Rautheim, die trotz diverser Neubaugebiete bislang nicht realisiert worden sind, sollten im Rahmen der Planungen zur Nachnutzung der HdL-Kaserne berücksichtigt werden. Hier wohnen aktuell über 7.000 Menschen und nach Realisierung des Heinrich-der-Löwe-Projektes gibt es wohl ca. 8.500 Einwohner.</p> <p>Die Vorstellungen der Bürgergemeinschaft Lindenberg/Elmaussicht und des Vereins- und Bürgerkreises Rautheim sind der Verwaltung, insbesondere dem Oberbürgermeister, dem Stadtbaurat und der Dezernentin für Jugend und Soziales bekannt. Hierzu gibt es auch Beschlüsse des Stadtbezirksrates und des Planungs- und Umweltausschusses.</p> <p>Der Stadtbezirksrat fordert im Rahmen der Planungen für eine Flüchtlingsunterbringung in Rautheim eine Entscheidung über einen Standort für die Gemeinschaftseinrichtung. Für eine erfolgreiche Integrationsarbeit ist dies unerlässlich. Die Entwicklung eines Integrationskonzeptes wurde von der Verwaltung angekündigt. Wir gehen davon aus, dass hier in Kürze eine entsprechende Vorlage zur Verfügung steht, die in den politischen Gremien zu diskutieren sein wird.</p> <p>Aktuell gibt es auch Probleme mit der Nutzung der Altentagesstätte Rautheim, weil Nachbarn ggf. wegen Lärmbelästigung klagen wollen und möglicherweise eine Schließung der Einrichtung zu befürchten ist.</p>	

	<p>Ebenso sollte die Standortfrage des Festplatzes Rautheim bei den Planungen für die Flüchtlingsunterbringung betrachtet werden. Dies wäre ohne großen Aufwand möglich.</p> <p>Bei der Planung der Gemeinschaftseinrichtung gibt es bereits Überlegungen der Verwaltung zur Finanzierbarkeit der Maßnahmen. Weitere Vorschläge kommen von der Bürgergemeinschaft Lindenberg/Elmaussicht. Diese sollen mit der Verwaltung noch besprochen werden.</p> <p>In unserem Stadtbezirk waren in der Vergangenheit bereits an verschiedenen Stellen Flüchtlinge untergebracht. In der Roselies-Kaserne, an der Griegstraße und vor dem Bau der Autobahn auch in der HdL/Hindenburg-Kaserne. Wir wissen, dass Integration nur mit einer breiten Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung gelingen kann. Deshalb ist jetzt ein positives Signal wichtig, bei dem die Wünsche und Notwendigkeiten vor Ort in den Planungen Berücksichtigung finden.</p> <p>Die Abstimmung des Initiativantrages erfolgte mit folgendem Ergebnis:</p> <p>Ja: 13; Nein: 0; Enth.: 0</p>	
--	---	--